SAZ Suhler Andere Zeitung

27. Jahrgang / Nr. 12
Dezember 2018
Preis: eine Spende

Suhl – Stadt des Friedens seit 1991

Monatsumschau für Links- und Querdenker

Nummer: 319

Gemeinsame Mitgliederversammlung wählte VertreterInnen

Am 17. November fand in der Mehrzweckhalle Arena Schöne Aussicht in Zella-Mehlis eine gemeinsame Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Schmalkalden-Meiningen und des Stadtverbandes Suhl statt. (Foto: E. Griebel). Die Genossinnen und Genossen wählten Ina Leukefeld (Suhl) und Patrick Beier (Schmalkalden-Meiningen) als Vertreterin und Vertreter für die BundesvertreterInnenversammlung zur Wahl der Europaliste der Partei DIE LINKE für die Wahl zum Europäischen Parlament.

Für die Wahl will sich Genosse Martin Schirdewan als Spitzenkandidat unserer Partei bewerben. Da er nicht an unserer Versammlung teilnehmen konnte, wurde eine Videobotschaft von ihm eingespielt, in der er seine Ziele für die Arbeit im neuen Europaparlament umriss. Wegen der Wichtigkeit dieser Schwerpunktsetzungen in europapolitisch schwierigen Zeiten wird seine Botschaft auf Seite 2 dokumentiert.

In der Versammlung wurde ein Antrag von Genossin Ina Leukefeld „Menschenrechte sind UNTEILBAR - Es ist 5 vor 12 !“ einstimmig angenommen. Der Kern des Beschlusses ist: Anlässlich des 70. Jahrestages der UN - Erklärung der Menschenrechte führt die Suhler LINKE am 10.12.2018 in der Zeit von 11 bis 13 Uhr eine Mahnwache im Stadtzentrum unter dem Leitgedanken „Menschenrechte sind #UNTEILBAR! Wir stehen für Solidarität statt Hetze“ durch. In der Begründung des Antrages erinnerte Ina an ein historisches Ereignis: „70 Jahre sind seit der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vergangen. Sie wurde am 10. Dezember 1948 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen in Paris verkündet: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.“ Das ist für uns heute ein grundlegender Maßstab für politisches Handeln. In Zeiten des Rechtsrucks in Deutschland und in ganz Europa ist es notwendig, diese Positionen immer wieder in die Öffentlichkeit zu tragen und dafür einzustehen.“ Während der Mahnwache werden Handzettel mit Kernsätzen aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verteilt.

Die Anwesenden spendeten für die Tafeln in Suhl und Zella-Mehlis 200 EURO. Eine weitere Spendensammlung galt der Verlegung und Pflege von Stolpersteinen.

Ein optimistisch stimmendes Ereignis in der Versammlung fand während der Stimmenauszählung zur Wahl der VertreterInnen statt. Der Kreisverband Schmalkalden-Meiningen nahm sechs neue Mitglieder auf.

Die Versammlung zeigte erneut, wie gut die Genossinnen und Genossen aus Schmalkalden-Meiningen und Suhl zusammen wirken. Bevor die gemeinsame Mitgliederversammlung begann, hatten die Schmalkalden-Meininger in einer separaten MV der Bildung eines Regionalverbandes Südthüringen der Partei DIE LINKE zum 1. Januar 2019 zugestimmt. Damit ist der Weg frei zu einer engeren Kooperation.

- Eckhard Griebel -

Das Wort Steuerraub

Es steht nicht in meinem Duden. Es müsste zwischen Steuerrad und Steuerrecht stehen. Das Duden Online-Wörterbuch gibt folgende Auskunft: „Leider haben wir zu Ihrer Suche nach ‚Steuerraub‘ keine Treffer gefunden. Oder meinten Sie: Steuerrad?“ Eine Steuerungsmöglichkeit und eine Bremse, die Steuerraub verhindert, würde mich schon interessieren. Leider hat die GroKo vergessen oder absichtlich darauf verzichtet, den Raub mit niet- und nagelfesten Gesetzen zu verhindern. Neoliberale Schlaumeier, in deren Wortschatz Steuermoral entweder nicht vorkommt oder nur zum Gebrauch in Sonntagsreden (auch Friedrich Merz verabscheut natürlich solche Sachen), erklären dem staunenden Steuer-Michel: Wahrscheinlich sind Cum-Ex-, Cum-Cum- und Cum-Fake-Geschäfte (was folgt noch?) nur „Geschäfte“ und keine Straftaten. Ohne Gesetz keine Strafe. Dann ist Steuerraub quasi ein völlig legales Verbrechen an allen Steuerzahlern.

Ein Gesellschaftssystem, in dem so etwas möglich ist, ist dabei, gegen die Interessen von über 99 Prozent der Bevölkerung zu einem Saustall zu verkommen. Was zählt, ist nicht die Orientierung staatlichen Handelns am Gemeinwohl als unbedingten Auftrag, Schaden vom Volk abzuwenden. Diese Feststellung ist nicht neu. Aber die Qualität, mit der das staatliche Handeln bzw. Handlungsverweigerung zum immer dreisteren Dienen für ganz wenige Leute, von denen man annehmen kann, dass sie gerissene und übermächtige Kriminelle sind, verkommt, prägt sich in einem atemberaubenden Tempo aus. Der Dieselskandal, der Kollaps des Systems DB, der Verfall der Infrastruktur, die Superprofite von dubiosen Investmentfirmen im Pflegebereich und in der Wohnungswirtschaft zeugen davon, dass dieses System am Ende ist. Wir brauchen in allen Bereichen mehrheitsfähige linke Alternativen. In Verantwortung für Solidarität und Sicherheit!

– Eckhard Griebel –

Für eine offene, eine humane und solidarische Welt

Videobotschaft von Genossen Martin Schirdewan an die Mitgliederversammlung am 17.11.2018

Liebe Genossinnen und Genossen,

hiermit sende ich euch einen herzlichen Gruß nach Thüringen. Leider kann ich heute wegen anderer Termine nicht persönlich bei euch sein, will aber die Gelegenheit nutzen, euch per Video-Botschaft auf eurer Versammlung zu unterstützen.

Wie ihr wisst, bewerbe ich mich um die Spitzenkandidatur unserer Partei für die Wahlen zum Europäischen Parlament. Ich möchte in dieser verantwortungsvollen Position gemeinsam mit euch und der gesamten Partei dafür streiten, dass DIE LINKE aus dieser wichtigen politischen Auseinandersetzung um die zukünftige Entwicklung Europas als starke und wirksame Kraft hervorgeht. Besonders gefreut habe ich mich über die tatkräftige Unterstützung aus dem Thüringischen Landesverband. Danke dafür, liebe Genossinnen und Genossen.

Thüringen ist ein besonderes Bundesland - das muss ich euch nicht sagen - aber Thüringen ist deshalb besonders, weil es über eine tolle Landesregierung verfügt. Und das außerordentliche ist, dass sie von einem linken Ministerpräsidenten, Bodo Ramelow, angeführt wird. Allen Unkenrufen zum Trotz hat sich Thüringen unter rot-rot-grün positiv entwickelt und es gibt immer noch Bananen. DIE LINKE konnte viele Akzente setzen und linke, solidarische Politik umsetzen. Deswegen stehen wir - als DIE LINKE - im kommenden Jahr vor großen Herausforderungen mit den Kommunal-, Landtags- und Europawahlen. Lasst uns ein Zeichen setzen für eine solidarische Gesellschaft. In Thüringen und auf europäischer Ebene.

Die Wahlen im Mai 2019 zum Europäischen Parlament werden über die zukünftige Entwicklung der Europäischen Union maßgeblich entscheiden. Wir stehen vor einem Wahlkampf, in dem über die Grundfragen des gesellschaftlichen Miteinanders und grundlegende Werte entschieden wird. Werden wir in einer offenen, einer humanen und solidarischen Welt leben? Oder wird die autoritäre Rechte ihren Nationalismus und Rassismus weiter vorantreiben, Grundrechte angreifen, die Pressefreiheit und die Unabhängigkeit der Justiz beschränken, Menschengruppen gegeneinander ausspielen und die Demokratie abbauen?

Werden wir in einem Europa leben, das soziale Rechte und Gewerkschaften stärkt und die Zukunft von Arbeit und sozialer Sicherheit auch im digitalen Zeitalter gerecht gestaltet? Ein Europa, das eine neue Friedensordnung schafft, die Umwelt- und Klimafrage endlich als Menschheitsfrage begreift und deshalb mit der brutalen kapitalistischen Profitlogik und dem Neoliberalismus bricht? Ich sage, in genau so einem Europa wollen wir leben und dafür lohnt es sich auch zu kämpfen.

Unsere Partei steht dabei vor einer doppelten Herausforderung: Gemeinsam gilt es, die Kräfte des neoliberalen Projekts und die autoritäre Rechte zu schwächen und die Linke zu stärken. Wir werden dafür mit einem kraftvollen Wahlkampf die berechtigte Kritik an den bestehenden Missständen aufgreifen und unsere gemeinsamen Alternativen für ein Europa formulieren, das den Menschen, die darin leben, eine gute Lebensperspektive schenkt: in Würde, in Frieden, in sozialer Sicherheit.

Als Mitglied der Linksfraktion im Europäischen Parlament kämpfe ich tagtäglich gegen die herrschende Politik. Sei es gemeinsam mit einem investigativen journalistischen Netzwerk gegen die Einführung einer „europäischen Riesterrente“ und somit die Privatisierung der Rentenvorsorge, sei es gemeinsam mit Siemensbeschäftigten aus Erfurt gegen deren geplanten Stellenabbau durch den hochprofitablen Konzern.

Im Untersuchungsausschuss gegen Steuerhinterziehung, Steuervermeidung und Finanzkriminalität konnte ich die Steuerpraktiken von Apple in Europa bloßstellen, ebenso wie die unfairen Steuerpraktiken der EU-Mitgliedsstaaten im Umgang mit Entwicklungsländern. Das und noch vieles mehr konntet ihr auch den Medien entnehmen und durch meine Öffentlichkeitsarbeit erfahren. Derzeit kämpfe ich mit anderen Mitgliedern der Fraktion gegen die Einführung des European Defence Fund, also des sogenannten EU-Verteidigungsfonds, um die weitere Militarisierung der Außenpolitik der EU aufzuhalten. Außerdem streite ich für die Einführung einer Digitalsteuer, damit auch die Internetkonzerne ihren Beitrag am Steueraufkommen und damit ein Mindestmaß an gesellschaftlicher Verpflichtung leisten müssen.

Mein Verständnis von politischer Widerständigkeit beschränkt sich jedoch nicht auf das Parlament. Mein antifaschistisches Engagement findet ebenso wie mein Einsatz für eine humane Flüchtlingspolitik und der Kampf für gute Arbeit auch außerparlamentarisch statt. Das habe ich in der Vergangenheit bewiesen und das wird zukünftig auch so bleiben.

Ich freue mich auch auf den gemeinsamen Europa- und Kommunalwahlkampf. Denn Europa wird häufig ganz greifbar vor Ort in der Kommune: Viele Firmen, Start-Ups und Gemeinden profitieren von den Regionalfonds der EU. Diese werden jetzt aber gekürzt, damit der vorher erwähnte EU-Verteidigungsfonds finanziert werden kann. Also kurz gesagt: Waffen statt Jobs

Kurzum: Europa steht an einem Scheideweg. Gemeinsam werden wir es weder den Neoliberalen noch den Rechten überlassen. Lasst uns als starke, geeinte Linke kämpfen, um Europa zu verändern.

Soweit von mir. Ich wünsche euch noch eine erfolgreiche Tagung. Bis bald. Euer Martin

Martin Schirdewan im Internet:
https://www.dielinke-europa.eu/de/topic/1140.martin-schirdewan.html
http://www.europarl.europa.eu/meps/de/190517/MARTIN_SCHIRDEWAN/home

Suhler ANDERE Zeitung. Monatsumschau für Links- und Querdenker, Mitteilungsblatt der Partei DIE LINKE. Suhl, erscheint monatlich im Selbstverlag, **Preis:** eine Spende
Herausgeber: DIE LINKE. Stadtvorstand Suhl, Rüssenstraße 19, 98527 Suhl
Tel./Fax: 03681/308158; www.die-linke-suhl.de
e-Mail: rgeschaeftsstelle@die-linke-suhl.de
IBAN DE59 8405 0000 1705 0071 51;
BIC HELADEF1RRS, Rhön-Rennsteig-Sparkasse Suhl
V.i.S.P.: Eckhard Griebel, Beerbergstr. 5 • 98528 Suhl
Alle Autoren arbeiten ohne Honorar. Einzelne Beiträge müssen nicht in jedem Falle mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen
Redaktionsschluss unserer Januar-Ausgabe 2019 ist am 21.12.2018

Genossin Elke Pudszuhn mit der „Thüringer Rose“ geehrt

Elke Pudszuhn (links) und Ministerin Heike Werner

Mit der „Thüringer Rose“, die 1993 initiiert wurde, sind auch diesem Jahr wieder Bürgerinnen und Bürger geehrt worden. Mit der Auszeichnung wird in Erinnerung an die Heilige Elisabeth von Thüringen das vielseitige ehrenamtliche Engagement von Menschen gewürdigt, die sich selbstlos in überdurchschnittlicher Weise für andere Menschen einsetzen und sich bei ehrenamtlicher und karitativer Arbeit sozial engagieren. Hinter dem Engagement stehe nicht nur soziale Verantwortung, sondern vor allem die Freude am Helfen, wie Heike Werner, Thüringer Sozialministerin, betonte. Aus 50 eingereichten Vorschlägen sei es schwer gewesen, 12 für die Ehrung auszuwählen, weil es jeder davon verdient hätte.

Zu den Preisträgern aus 11 Städten und Gemeinden Thüringens gehört Elke Pudszuhn aus Zella-Mehlis. Sie wurde begleitet von einigen ihrer GenossInnen und Freunden. In der Laudatio wurde von der Ministerin Werner ihr unermüdliches Wirken seit Gründung des VVN-BdA im Jahre 1990 gewürdigt, das praktische Lebenshilfe für ehemals Verfolgte des Naziregimes, Mitarbeit in der Lager-Arbeitsgemeinschaft (LAG) Buchenwald-Dora und das ständige Bemühen um Aufklärungsarbeit in Schulen und bei Besuchergruppen in der Gedenkstätte Buchenwald einschließt. Sie hat auch die Schicksale vieler Verfolgter erforscht und publiziert. Darüber hinaus fand ihre langjährige Tätigkeit als Stadträtin in ihrer Heimatstadt Zella-Mehlis und als Kreistagsmitglied Anerkennung.

Diese würdevolle Veranstaltung im wunderbaren Ambiente des Großen Saales auf der Wartburg fand unter Anwesenheit vieler Vertreter aus Politik und Gesellschaft statt, unter ihnen auch MdL Ina Leukefeld und der Bürgermeister von Zella-Mehlis, Herr Richard Rossel. Die musikalische Umrahmung des Festaktes erfolgte durch Solisten der Staatskapelle Weimar.

-Gudrun Junghanns-

Der Stadtverband Suhl der Partei DIE LINKE gratuliert Genossin Elke Pudszuhn herzlich zur Ehrung mit der „Thüringer Rose“ und dankt ihr für ihr unermüdliches Wirken im Sinne des Schwurs von Buchenwald.

Rot-Rot-Grün schafft Straßenausbaubeiträge ab

Rot-Rot-Grün wird mit der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ab 1. Januar 2019 Thüringerinnen und Thüringer wesentlich finanziell entlasten. „Die Koalition wird diese Umlage abschaffen, darauf haben wir uns heute verständigt“, erklären die Fraktionsvorsitzenden Susanne Hennig-Wellsow (DIE LINKE), Matthias Hey (SPD) und Dirk Adams (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

Gleichzeitig wollen die Koalitionspartner eine rückwirkende Erstattung für Baumaßnahmen, die bis zum 31. Dezember 2018 abgeschlossen und beschieden sind, ausschließen und für die laufenden Baumaßnahmen eine Übergangsregelung schaffen. Für die vorgesehene Abschaffung der Straßenausbaubeiträge unter diesen Maßgaben wird die Koalition bereits in der Haushaltsaufstellung für das Jahr 2020 entsprechende finanzielle Vorsorge treffen.

„Wir laden die CDU ein, an der Erarbeitung einer entsprechenden gesetzlichen Regelung konstruktiv mitzuarbeiten. Die Koalition geht ohne Vorbedingungen in diese Gespräche und erwartet dies auch von der CDU“, unterstreichen die rot-rot-grünen Fraktionsvorsitzenden. Zudem werde die Koalition zeitnah den kommunalen Spitzenverbänden und Bürgerinitiativen über die Eckpunkte der vorgesehenen Gesetzesinitiative Gespräche anbieten. Ziel ist es auch, dass die Kommunen für den Zeitraum des Gesetzgebungsverfahrens von der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen absehen. Das Gesetzgebungsverfahren wird unmittelbar nach der Vorlage des vom Innenministerium in Auftrag gegebenen Gutachtens beginnen.

„Rot-Rot-Grün sorgt so für eine weitere Entlastung der Bürgerinnen und Bürger in Thüringen und löst das Dauerproblem der Straßenausbaubeiträge. Das ist ein guter Tag für Thüringen und ein Meilenstein für ein modernes Kommunalabgabenrecht“, so die Fraktionsvorsitzenden abschließend. (23.10.2018)

„Was wir im Kern brauchen, um der Altersarmut entgegenzuwirken, ist eine Solidarische Mindestrente von 1050 Euro netto und eine Anhebung des Rentenniveaus auf 53 Prozent.“

Matthias W. Birkwald, rentenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag

Seniorenpolitik und Pflege

ist ein brisantes Thema, nicht nur für Seniorinnen und Senioren. Eine spannende Diskussion gab es dazu am 21. November in Ina Leukefelds Veranstaltungsreihe „Live aus dem Landtag“. Kompetente Gesprächspartnerin war Frau Ines Feierabend, Staatssekretärin im Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie. Unter den TeilnehmerInnen waren neben Seniorinnen und Senioren auch Verantwortliche für hiesige Pflegeeinrichtungen, die es ebenso wie die Staatssekretärin verstanden, ihr Fachwissen allgemeinverständlich zu vermitteln.

Einleitend machte Ina als MdL und Stadträtin deutlich, dass wir hier in Suhl auf Grund der Abwanderung vor allem jüngerer Menschen sehr viel früher als andere Kommunen und Landkreise den demographischen Wandel zu spüren bekommen haben. Nachdem Frau Feierabend, die Mitglied der Partei DIE LINKE ist, ihre berufliche Entwicklung vorgestellt hatte, machte sie eine wichtige Vorbemerkung: Im Kern wird die Situation im Bereich der Seniorenpolitik und der Pflege durch Bundesgesetze bestimmt, so dass die Landespolitik an Bundesgesetze und Rahmenbedingungen gebunden ist, die alles andere als gut sind. Gleichwohl arbeitet die Landesregierung zielstrebig daran, die gesellschaftliche Teilhabe und Mitwirkung der Senioren und die Leistungen im Gesundheitswesen und in der Pflege zu verbessern. Dafür werden unter der Regierung von Bodo Ramelow mehr Mittel bereit gestellt als unter der Vorgängerregierung und die gesetzlichen Grundlagen werden verbessert. Zur Zeit wird z.B. das Thüringer Seniorenmitwirkungsgesetz evaluiert und der Entwurf eines neuen Gesetzes wird zuerst mit dem Landesseniorenbeirat und dann mit den anderen Partnern beraten.

In der ausführlichen Diskussion wurden etliche heiße Eisen angepackt und Missstände angeprangert. Die Art und Weise, wie in unserem Land die Versorgung der gesetzlich Versicherten mit Medikamenten, die hausärztliche Versorgung, die Betreuung durch Hausbesuche und der Zugang zu Fachärztinnen und Fachärzten erfolgt, treibt aus negativen Erfahrungen viele Versicherten um. Das Thüringer Gesundheitsministerium ist bemüht, Missstände aufzuspüren und Verbesserungen zu erreichen. Wenn aber z.B. ein Bundesgesetz vorschreibt, dass eine Praxis in der Woche nur mindestens 20 bzw. 25 Stunden Sprechzeit haben muss, sind die Handlungsspielräume beschränkt. Staatssekretärin Feierabend machte deutlich, dass die Thüringer Landesregierung immer wieder im Bund darauf hinwirkt, die Rahmenbedingungen zu verbessern.

In dem lebhaften Gespräch wurde in allen Beiträgen die Tatsache, dass das deutsche Gesundheitswesen so aufgebaut ist, dass es die Profitziele von großen Konzernen bedient, hart angeprangert. Ein solches System ist nicht geeignet, die Interessen der Patienten und der zu Pflegenden und die des medizinischen und pflegenden Personals zur Richtschnur zu machen. Die kleinen Unternehmen, ob private oder die von Organisationen wie der Volkssolidarität geführten, haben es sehr schwer, ihre Einrichtungen zu behaupten, zumal dann, wenn sie sich von ihrem Credo leiten lassen, ihre Arbeit an höchsten Qualitätsmaßstäben auszurichten. Ina versicherte, dass sich der Sozialausschuss in Suhl um ein gutes Miteinander der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung und der Pflege auch in Zukunft kümmern wird.

Die von der Partei DIE LINKE seit Jahren erhobene Forderung nach Einführung einer Bürgerversicherung wurde unter allgemeiner Zustimmung bekräftigt.

-Eckhard Griebel-

Termine Dezember 2018

Mo	03.12.	14.00 Uhr	Dankeschön für das Ehrenamt, Geschäftsstelle
		18.00 Uhr	Stadtratsfraktion DIE LINKE, Geschäftsstelle
Di	04.12.	17.30 Uhr	Stadtvorstand DIE LINKE, Geschäftsstelle
		17.00 Uhr	DEFA-Filmklassiker in der Kulturbaustelle „Der kleine Prinz“ RE: Konrad Wolf, nach Antoine de Saint-Exupéry; DDR 1966
Do	06.12.	15.00 Uhr	Gemütliches Adventstreffen der BO Nordost, Volkssolidarität Am Himmelreich
		19.00 Uhr	Suhler Gesprächsforum alternativ „Ziele des gegenwärtigen linken Feminismus“, Vortrag & Diskussion mit Alex Wischnewski (Berlin), Kulturbaustelle
Mo	10.12.	11.00 Uhr	Mahnwache in Suhl, Steinweg, beim „Zethe Fritz“
		18.00 Uhr	Jahresabschluss, Hotel Michel
MI	12.12.	14.00 Uhr	Geburtstagsrunde mit Brigitte und Hella, Geschäftsstelle
Mo	17.12.	09.30 Uhr	Regionalberatung SM
Di	18.12.	19.00 Uhr	Kino hinter der Fassade in der Kulturbaustelle: „Fairness – zum Verständnis von Gerechtigkeit“, GB, 2017, RE: Alex Gabbay

Vorschau Januar 2019

Mo	07.01.	18.00 Uhr	Stadtratsfraktion DIE LINKE Jahresauftakt, Geschäftsstelle
Di	08.01.	17.30 Uhr	Stadtvorstand DIE LINKE Jahresauftakt, Geschäftsstelle
Do	24.01.	18.00 Uhr	Neujahrsempfang Hotel Michel